

KOMMENTAR

DIOXIN: ILSE AIGNER HAT SCHULD

Von Heino Wiese

... sagt Renate Künast, die ehemalige Verbraucherschutzministerin von den Grünen. Dabei kann ich mich noch gut erinnern, wie sie selbst auf die Barrikaden ging, wenn sie sich gegen die Länderebene nicht durchsetzen konnte, wie sie selbst über ihre grüne Ministerinnenkollegin aus NRW, Bärbel Höhn als die Hausfrau aus dem Ruhrgebiet schimpfte, die sinnvolle Bundespolitik blockiere. Renate Künast hat es als Ministerin selbst auch nicht geschafft, eine Positivliste für Futtermittel durchzusetzen. Deshalb finde ich, sie sollte Ilse Aigner eher unterstützen, als deren Autorität mit plumper Schuldzuweisung weiter zu untergraben.

Schuld sind an dieser Stelle eher die Länder, die ihren Kontrollfunktionen nur sehr mäßig nachkommen. Gerade in Niedersachsen hatte die Ex-Ministerin Grotelüschen, die direkt oder über ihren Ehemann in das unappetitliche Geschäft der Massentierhaltung verwickelt war, wohl kein großes Interesse an Kontrollen. Dazu kommt eine häufig enge Verwobenheit der Agrarbehörden mit den Agrarindustriebetreibern.

Schuld sind aber in erster Linie die Verbraucher selbst. In Geflügel oder Schweinefleisch, das aus der industriellen »Fleischproduktion« kommt, muss man zwangsläufig Antibiotika, Dioxine und sonstige Verunreinigungen einkalkulieren. Schweinebraten zu einem Kilopreis von 1,99 Euro bei Kaisers und 2,22 Euro bei Real kann nicht kosten-deckend produziert werden und deshalb auch nicht gesund sein. Das Supermarkt-Schwein wird heute durchschnittlich nach 80 Tagen geschlachtet. Dann wird es zu einem Kilopreis von 1,20 Euro vom Bauern an den Händler verkauft. Der Bauer zahlt für das Ferkel schon 20 Euro. In den 80 Tagen muss das Schwein so gefüttert werden, dass es täglich im Durchschnitt 1 Kilo zunimmt. Für diesen Zeitraum muss Miete, Heizung, Strom, Wasser, Futter und Personal bezahlt werden. Dafür stehen pro Schwein also täglich weniger als ein Euro zur Verfügung. Dass die Schweine da nur Dreck zu fressen bekommen, ist kein Wunder. Hühner und Puten kommen auch nicht besser weg. Den Supermärkten und den Verbrauchern muss man sagen: »Selbst schuld!«

BUNTES AUS BERLIN | KULTUR

DIE LIEBE DER DANAE PREMIERE: 23. JANUAR



Copyright Andre Riva / im Auftrag der Deutschen Oper
Berlin mit Wolfgang Joop als Midas

Prinzessin Danae (Manuela Uhl) soll als letzte wirtschaftliche Hoffnung ihres bankrotten Vaters Pollux (Burkhard Ulrich) einem reichen Bewerber zur Frau gegeben werden. Anstelle des erwarteten König Midas (Matthias Klink) erscheint Jupiter (Mark Delavan), der dessen Gestalt angenommen hat. Danae entscheidet sich für den wirklichen Midas selbst dann noch, als er ein armer Mann geworden scheint. Der gealterte Gott Jupiter muss einsehen, dass die Menschen sich seinem Einfluss

entzogen haben. Vor dem Hintergrund des Pleitestaates Eos, der im Chaos versinkt, zeichnet die Oper zugleich auch ein Bild der eigenen Entstehungszeit.

www.deutscheoperberlin.de

Gugl-Hupf

BÜRGERBETEILIGUNGSPROJEKTE ONLINE FINDEN

Die Internetplattform www.meine-demokratie.de beschreibt, welche politischen Partizipationsprojekte es in Deutschland gibt. Dem User werden Bürgerbegehren, Bürgerhaushalte und andere Beteiligungsmöglichkeiten in der ausgewählten Umgebung angezeigt. Für Berlin sind derzeit 18 Bürgerbeteiligungsprojekte eingetragen.

WEBSITE DER WOCHE:
SUCHMASCHINE FÜR BUNDESTAGSDEBATTEN

Die Website <http://bundestube.de/> ist eine Suchplattform für die Debatten des deutschen Bundestags, die sich durch eine übersichtliche Verbindung von Videoaufzeichnungen und Plenarprotokollen auszeichnet.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESECONSULT GmbH

Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de

www.wiese-consult.com

Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B

USt-IdNr.: DE259602002

Chefredaktion: Dr. Frank Wilhelm (V.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst: Gregor Schweter

Politik u. Wirtschaft: Hartmut Palmer, Nike Marquardt,

Teodora Busch, Felix Krause

Russland und GUS: Irina Boryayeva

Gesundheit: Julia Eichelmann

Kultur: Fabio Cecere
Gugl-Hupf: Stefanie Ehrlichmann
Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogatzky
Telefon 030.810588813

Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare

Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-

service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin

Satz und Layout: Wiese Consult

erscheint seit März 2007

Fotos: dpa und Archiv

www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

DIOXIN – WIR BRAUCHEN DIE AGRARWENDE 2.0



Friedrich Ostendorf, MdB, Sprecher für
Agrarpolitik Bündnis 90/Die Grünen

Der Dioxin-Skandal ist nicht wie von der Agrarlobby behauptet ein Einzelfall, sondern im System der industriellen Landwirtschaft begründet. Es reicht nicht aus, nach einzelnen schwarzen Schafen zu suchen, die Agrarpolitik muss grundlegend neu ausgerichtet werden. Die Eigenkontrolle der Agrarindustrie unter dem QS-Siegel ist gescheitert. Frau Aigner befindet sich auf dem Holzweg, wenn sie in der jetzigen Situation auf ein Weiter-So setzt und die Futtermittelindustrie lediglich nach deren Vorstellungen befragt, anstatt selbst die Richtung vorzugeben. Wir fordern eine Agrarwende 2.0., die die bäuerliche Landwirtschaft wieder zum Leitbild macht. Vor zehn Jahren hat Rot-Grün als Konsequenz aus der BSE-Krise die Agrarwende eingeleitet und für mehr Transparenz, Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz in der Landwirtschaft gesorgt. Schwarz-Gelb hat die Agrarwende zurückgenommen und setzt gezielt auf Massentierhaltung und industrielle Landwirtschaft. Die Dioxin-Krise ist ein

Offenbarungseid dieser Agrarpolitik. Wir fordern Frau Aigner auf, jetzt an die Agrarwende ihrer Vorgängerin Künast anzuknüpfen und Transparenz und Beteiligung wieder zur agrarpolitischen Leitschnur zu machen. Dazu gehört, bei Krisen wie dem Dioxin-Skandal Ross und Reiter zu nennen, statt sich mit der Branche ins Hinterzimmer zurückzuziehen. Folgende Schritte müssen jetzt erfolgen:

—Produktionsströme müssen streng getrennt werden, Futtermittelunternehmen müssen einer Zulassungspflicht unterliegen und in ausreichender Höhe haftpflichtversichert sein.

—Warein- und -ausgänge müssen wie bei der Biokontrolle scharf kontrolliert werden.

—Wir brauchen endlich eine verbindliche Positivliste für zugelassene Futtermittel und eine genaue strafbewehrte Deklaration der Inhalte von Futtermitteln auf Menge und Herkunft.

—Kapazitäten, Effizienz und Frequenz der amtlichen Futtermittelkontrollen müssen erhöht werden.

—Die Mechanismen zum Rückruf belasteter Produkte müssen effizienter werden.

—Die Kennzeichnung tierischer Produkte muss verbessert werden. Für verarbeitete Eier und Fleischprodukte ist die Herkunftskennzeichnung unzureichend.

—Die Risikobewertung muss endlich sensible Gruppen wie Kinder und chronisch Kranke einbeziehen. Die derzeitige Unbedenklichkeitsbescheinigung des Bundesinstituts für Risikobewertung ist verfehlt.

—Die Förderpolitik muss endlich auf die Förderung der nachhaltigen, transparenten und regionalen Landwirtschaft ausgerichtet werden. Die weitere Förderung agrarindustrieller Strukturen kann nicht länger Ziel der Agrarpolitik sein.

HERMES-SCHNELLVERFAHREN FÜR MITTELSTAND

Nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums erleichtert ab dem 17. Januar ein Schnellverfahren für Hermesdeckungen die Finanzierung von Geschäften in der mittelständischen Exportwirtschaft. Mit dieser Finanzkreditdeckung »express« können Kreditinstitute, die einfach strukturierte Exportgeschäfte mit einem Auftragsvolumen von bis zu fünf Mio. EUR durch

einen Bestellerkredit finanzieren, zukünftig innerhalb von vier Bankarbeitstagen mit der Entscheidung über eine Absicherung rechnen. Die Exportfinanzierungen müssen Kriterien wie eine maximale Kreditlaufzeit von fünf Jahren und den Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Bund und dem jeweiligen Kreditinstitut erfüllen. Webseite: www.bmw.de

NEUER ANLAUF FÜR EU-PATENT

Die EU-Kommission will mit Hilfe der »verstärkten Zusammenarbeit« einen Patentschutz in der EU ermöglichen. Er würde den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, die Schaffung eines Patents erlauben, das nach einem Antrag erteilt wird und in allen teilnehmenden Ländern gilt. Über Vorschläge der Kommission für ein einheitliches EU-Patent wird seit über zehn Jahren beraten. Bislang konnte im Rat aber

keine Einigung erzielt werden. »Patentmeldungen sind in Europa eine teure und komplizierte Angelegenheit, die sich nur betuchte Unternehmen leisten können«, sagte Michel Barnier, der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. »Es ist nicht hinnehmbar, dass Erfinder ihre Patente wegen der hohen Kosten nur in durchschnittlich fünf der 27 EU-Mitgliedstaaten anmelden und schützen.«

DEUTSCHE UND RUSSISCHE UNTERNEHMER ERWARTEN POSITIVE ZUSAMMENARBEIT

Mit einem optimistischen Ausblick auf zukünftige Kooperationen endete eine von Wiese Consult organisierte Delegationsreise russischer Unternehmer und Politiker aus der Smolensker Region nach Niedersachsen. Die Gruppe wurde vom Präsidenten der Region Hannover, Hauke Jagau, mit der innovativen Verwaltungsstruktur der Modellregion vertraut gemacht, einem speziellen Kommunalverband gebildet aus Stadt und Landkreis Hannover. Für diese Struktur und die regionale Wirtschaftsförderung interessierten sich die russischen Kommunalpolitiker, die auch für ihre Region effizienzsteigernde Veränderungen in ihrer Verwaltung planen. Vor allem mit Blick auf das für 2013 vorzubereitende 1150jährige Smolensker Gründungsjubiläum fanden Treffen bei der Deutschen Messe und dem Bauunternehmer Günther

Papenburg statt: Angesichts des Jubiläums werden große Summen föderaler Gelder für Bauvorhaben bereitgestellt, die den Wirtschaftsstandort Smolensk fördern und die Attraktivität für ausländische Investoren weiter stärken sollen. Ein Zeichen erfolgreicher Zusammenarbeit sind die Weiterbildungsprogramme der Managementakademie Celle, die vor allem von russischen Unternehmern und Führungskräften wahrgenommen werden. Besuche bei der TUI, Möbel Staude, beim Verein Hannover-IT und dem NDR, der Druckerei Leunismann, der Werkstattkette A.T.U. und der Kind Hörgeräte GmbH zeigten, welches Kooperationspotential sich in der Zusammenarbeit mittelständischer Unternehmen bietet. Daher wird für das Jahr 2011 ein Gegenbesuch einer Delegation aus der Region Hannover angestrebt.

POLIT-DEPOT

SCHLECHT BEZAHLTE ARBEITS- UND SONNENKRAFT

Christian Mallek, geschäftsführender Gesellschafter der Sigavest Vermögensverwaltung, Berlin, zu den Folgen der Politik.

Im Mai öffnen sich die Tore des deutschen Arbeitsmarktes für acht osteuropäische EU-Mitglieder. Welche Auswirkungen das auf die hiesige Wirtschaft und damit auf die Börse haben wird, ist bislang unklar. Im Moment wird viel spekuliert: Ohne einen Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche stünden dem Bereich vielleicht 150.000 an neuen Arbeitskräften zur Verfügung. Das könnte in der aufstrebenden Konjunktur zu einer kräftigen Steigerung des Geschäftes führen. Wenn sie mit einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften in Deutschland einhergeht, muss eine solche Hausse nicht notwendigerweise schnell beendet sein. Trotzdem: Für die Aufnahme einer Zeitarbeitsfirma wie adecco (CH0012138605) sind uns die Aussichten nicht eindeutig genug. Eindeutig schwerwiegend wiegt aus unserer Sicht allerdings die abermalige Kürzung der Solarstromgelte. Wenn die Regierung im Juli die Einspeisevergütung für Solarstrom um 15 Prozent senkt und zu Beginn des nächsten Jahres damit bei 22 Cent Förderung (2009: 43 Cent) angekommen sein wird, dann dürfte das manchem Solarunternehmen in Deutschland den Rest geben. »Kandidaten« wie Solon und Conergy könnten wegen hoher Produktionskosten auch kaum von der mutmaßlich unbegrenzten Fördermenge profitieren.

Name	Wkn	Kaufdatum	Kaufkurs	Akt. Kurs 19.1.
Vontobel Mini Future	VTOENZ	26.07.2010	2,12	1,97
Secunet Security Networks	727650	19.04.2010	9,80	11,68
Interseroh	620990	01.11.2010	38,71	46,20
Identive Group	A1COZG	24.09.2010	1,22	1,69

Quelle: SIGAVEST 2010, www.sigavest.de

Disclaimer: Die vorgenannten Aussagen stellen ausdrücklich keine Kaufempfehlungen dar. Interessierte sollten sich vor einer Anlage unbedingt mit weiteren Tatsachen und Risikofaktoren der in der Übersicht dargestellten Wertpapiere vertraut machen. Wir empfehlen eine gründliche Beratung.

SAP-INNOVATIONSZENTRUM IN POTSDAM?

Europas größter Softwarehersteller SAP (Walldorf) plant den Bau eines Innovationszentrums in Potsdam. Für 14,3 Millionen Euro soll ein Neubau für rund 100

neue Arbeitsplätze entstehen. Das Unternehmen will vor allem Hochschulabsolventen aus Brandenburg und Berlin für den Standort gewinnen.

DIREKTFLUG VON BERLIN NACH NOWOSIBIRSK

Ab April verbindet die russische Fluggesellschaft S7 Berlin einmal wöchentlich nonstop mit Nowosibirsk. Die drittgrößte Stadt Russlands ist ein bedeutendes Industrie- und Wissenschaftszentrum Russlands. Die Flüge nach Nowosibirsk starten jeweils sonntags um 8.25 Uhr (Tegel) mit

Landung in Nowosibirsk um 19.25 Uhr. Rückflug: Sonntags um 6.00 Uhr, Landung in Tegel ist um 7.25 Uhr. Die Airline hat eine der jüngsten und modernsten Flotten in Europa und fliegt ausschließlich mit Flugzeugen des Typs Airbus oder Boeing. S7 ist Mitglied der Oneworld-Allianz.

KOMMT FLOSBACH FÜR DAUTZENBERG?

Klaus-Peter Flosbach soll neuer finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden. Er würde auf Leo Dautzenberg folgen, der als Leiter der Abteilung Public Affairs zum Industriekonzern Evonik wechselte. Flosbach, seit 2009 stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses, ist Favorit für die Dautzenberg-Nachfolge, da die NRW-Landesgruppe den Posten für sich beansprucht. Die Wahl findet am 25. Januar statt.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

SCHWEIZ, DEUTSCHLAND UND EU

»Bern-Berlin-Brüssel: Zwischen nationalen Interessen und europäischer Solidarität«, mit der schweizerischen Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und Volker Kauder. 24.1., Residenz des schweizerischen Botschafters, Otto von Bismarck Allee 4, 18.00 Uhr.

WORTE DER WOCHE

»Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das ist keine Neiddebatte, sondern eine Frage des sozialen Patriotismus.«

SPD-Chef Sigmar Gabriel kündigt an, dass seine Partei eine Anhebung der Abgeltungssteuer prüfen werde, wenn sie nach der nächsten Bundestagswahl wieder an der Regierung beteiligt sein sollte.

»Die klassischen Modelle – Bundesstaat oder Staatenbund – taugen nicht mehr. Was wir brauchen, ist eine neue Zuordnung politischer Zuständigkeiten. Für bestimmte Probleme bleibt der Nationalstaat zuständig, anderes können wir nur noch europäisch oder global lösen.«

Finanzminister Wolfgang Schäuble spricht sich für eine Neu- und Umverteilung von Kompetenzen zu Gunsten der EU und anderer internationaler Institutionen aus. Die Haushalts- und Steuerpolitik schließt er in diesem Zusammenhang jedoch eindeutig aus.

»Aber natürlich arbeiten wir daran, das Gewicht der SPD in dieser freundschaftlichen Konkurrenz zu stärken.«

Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, beschreibt das Verhältnis zu den Grünen.

»Ich glaube, dass wir erst einmal immer für unsere Parteien kämpfen.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel will der FDP bei den anstehenden Wahlen keine »Schützenhilfe« leisten, sondern sich auch um die Gunst der Kernklientel des politischen Mitbewerbers bemühen.

»Sollte er das nicht tun, wird das Parlament das für ihn erledigen und dafür sorgen, dass Steuervereinfachungen schneller als vom Finanzministerium vorgesehen in Kraft treten.«

FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger kündigt an, dass die FDP im Bundestag Gesetzesinitiativen zur Durchsetzung von Steuersenkungen anstoßen wird, falls Finanzminister Wolfgang Schäuble sich weiter dagegen sperren sollte.

»Diese Ehrlichkeit, das Authentische, das vermissen auch die nichtschwulen Menschen an Westerwelle. Wahrscheinlich hätten sie ihn sogar mal als Ledermann im Sling von Toms Bar ausgehalten - stattdessen präsentierte er sich ihnen nur aalglatt, in aggressiver Arroganz, als Besserwisser und Streber, als ein Emporkömmling, der verächtlich auf die zurückblickt, die hinter ihm geblieben sind. Alles an ihm ist kalkuliert und kontrolliert. Seine Homosexualität bot ihm die Möglichkeit, sich auch mal offen zu zeigen, quasi menschlich und mitmenschlich, aber er hat diese Chance nicht genutzt.«

Elmar Kraushaar, Journalist der Deutschen Welle und bei der taz Autor der Kolumne »Der homosexuelle Mann«, in der er gesellschaftliche Verhältnisse und schwule Verhaltensweisen und Organisationsformen kritisch beleuchtet.

TERMINE

22.1. ADAC-BALL FEIERT SEIN 85-JÄHRIGES JUBILÄUM

Maritim Hotel Berlin, Stauffenbergstraße 26, ab 19.00 Uhr. Karten: www.adac-ball.com

24.1. KAS ZU UMWELTSCHUTZ UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

»Kohärente Ordnungspolitik zwischen nationalen und internationalen Möglichkeiten«, mit der Parlamentar. Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser (BMU) und dem Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-BT-Fraktion Thomas Bareiß. Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 17.00 Uhr.

25.1. »DAS ENERGIEKONZEPT DER BUNDESREGIERUNG - CHANCEN FÜR DEN MITTELSTAND«

Mit der umweltpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-BT-Fraktion Marie-Luise Dött und der Vorsitzenden des Bundesverbandes Energie- und Wasserwirtschaft Hildegard Müller. Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin, Tiergartenstr. 35, 19.00 Uhr.

7.2. - 9.2. UNTERNEHMERREISE NACH RABAT UND MARRAKESCH

Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium besucht Marokko. Branchen: Erneuerbare Energien und Infrastruktur.